

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 532

Mittwoch, 17. April 2013

20. Jahrgang

Fakten der Agrarwirklichkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Der folgende Text stammt aus Ruben Batres Artikel „Die Regierung von Otto Pérez Molina, Wandel und Agrarproblematik“, veröffentlicht im El Observador, Nummer 36-37, S. 95-100. Der Observador ist eine unabhängige, alternative Zeitschrift, die sich der Politik- und Wirtschaftsanalyse widmet. Diese neueste Ausgabe geht den Veränderungen unter der Pérez Molina Regierung auf den Grund. Batres greift in dem Teil des Textes, den wir hier wiedergeben, vor allem das Thema der Landproblematik auf.

Weniger Fincas, weniger Nahrungsmittel, mehr Anbaufläche für Exportprodukte

Aus den Daten, die uns die ENA (Encuesta Nacional Agropecuaria) aus dem Jahr 2011 zur Verfügung stellt, geht klar hervor, dass die Oberfläche der Erde, die zum Anbau von Bohnen, Mais und Reis bestimmt ist, sich um jeweils 52%, 71% und 48% verringert hat im Vergleich mit den Daten von 2005. Direktes Resultat der Verringerung ist die Abnahme der nationalen Produktion dieser Grundnahrungsmittel, typisch und essentiell für die guatemalteckische Bevölkerung. Zum Beispiel werden im Fall der Bohnen 70% weniger produziert, beim Mais sind es 13% weniger und beim Reis 36%. Allerdings erhöhte sich der Anbau von gelbem Mais um 145% im Jahr 2011 und das, obwohl die Anbaufläche um 73% verkleinert wurde. Diese Reduktion der Anbauflächen kontrastiert mit dem Anwachsen von Landflächen für die Produktion von Zucker, Kaffee oder auch der Afrikanischen Palme. Ebenso ist zu erkennen, dass sich der Anzahl der Fincas verkleinert hat, während dessen sich die Anbaufläche selbst vergrößerte. Im Beispiel Zuckerrohr wuchs die Anbaufläche um 60%. Bei der Afrikanischen Palme reduzierte sich die Zahl der Fincas um 84% zwischen 2005 und 2011. Diese Reduzierung ist Ausdruck eines Phänomens, welches seit einigen Jahren verstärkt zu beobachten ist: die Rekonzentration des Landes. So zählten im Jahr 2005 die 7.873 existierenden Fincas im Durchschnitt 1,84 manzanas (in Guatemala genutzte Masseinheit, 1 manzana entspricht ungefähr 0,7 Hektar). Die nun im Jahre 2011 übrig gebliebenen 1241 Fincas, die die Afrikanische Palme im Jahr 2011 anbauten, verzeichneten knapp 10 manzanas im Durchschnitt.

Wirtschaftspolitik und Nahrungsmittelabhängigkeit

Diese Daten zeigen deutlich auf, dass die Regierungen, die den Friedensverträgen folgten, nicht die nationale Nahrungsmittelproduktion stimulierten und somit die historische Tendenz der Reduzierung der Produktion, die seit den 80er Jahren herrscht, weiter führten. Genauer gesagt ist eher das Gegenteil der Fall. Die Regierungspolitiken haben die Zerstörung der bäuerlichen Produktion und ihrer Organisationsformen voran getrieben und damit eine steigende Nahrungsmittelabhängigkeit geschaffen. Diese Abhängigkeit äussert sich wiederum anhand der materiellen Spenden der USA und der EU oder in Form von finanzieller Unterstützung, die verschiedene Programme und Projekte fördern soll, um Hunger und Unterernährung einzugrenzen und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Unter diesen, durch internationale Gelder subventionierten Programmen, findet man auch die Regierungsprogramme, die die aktuelle Regierung als sinnvoll erachtet, um die Forderungen der BäuerInnenbewegung zu erfüllen. Das allerdings die selben Forderungen

Inhalt

Fakten der Agrarwirklichkeit und Wettbewerbsfähigkeit.....	1
Genozid-Prozess: siebter bis sechzehnter Prozesstag.....	2
Ex-Präsident Portillo erneut freigesprochen!.....	6

die Probleme in der Verteilung der Hilfen und Programme anklagen, wird beiseite geschoben. Und das, obwohl diese Probleme schon seit dem Düngemittelprogramm unter Portillo oder dem Programm des „Sozialen Zusammenhalts“ von Colom existieren und auch wieder bei Pérez Molinas „Null Hunger“ Programm auftreten.

Die aktuelle Regierung plant, dass die Bauernfamilien von der Extremen Armut in die Armut übergehen werden, und von dort aus zur Produktion und auf den Arbeitsmarkt überwechseln. Als Grundlage für diese Überlegungen werden US-amerikanische Theorien der 50er Jahre genommen, die die sogenannten „Dritte Welt Länder“ auf das wirtschaftliche Niveau der „Ersten Welt Länder“ bringen sollten. Für die guatemaltekischen BäuerInnen bedeutet das, sich auf dem Weltmarkt behaupten zu müssen. Das wiederum heisst, die konkurrenzfähigen grossen Ländereien müssen ausgebaut werden, was nicht mittels des Anbaus von Grundnahrungsmitteln passieren kann, sondern vielmehr jener Produktionen, die grosse Einnahmen versprechen und somit die Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Weltmarkt garantieren. Jene Anbaupflanzen sind nun aber weder Bohnen noch Reis sondern die nicht traditionellen Pflanzensorten wie die Afrikanische Palme, Zuckerrohr, etc. Diese Interpretation der guatemaltekischen Realität reflektiert sich in den politischen Agenden der Regierung (Agenda del cambio und Agenda de la Competitividad), die hauptsächlich auf die Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Die Politikrichtung ihrerseits ist eng verbunden mit den Interessen der einflussreichen guatemaltekischen Rechten und dem grossen nationalen Unternehmertum. Die „Hungerbekämpfungsmassnahmen“, die die Regierungspartei vorantreibt, gleichen denen der vorherigen Regierung. Das bedeutet, sie dienen nicht dem Zweck, die konstitutionellen Rechte der Bevölkerung zu schützen, sondern das aktuelle Akkumulationsmodell abzusichern und dem nationalen und internationalen Kapital seine Gewinne zu garantieren. Das wiederum spiegelt sich in den Politiken wieder, die die Gewinne der Unternehmen privilegiert und die Wettbewerbsfähigkeit als Entwicklungsmittel ansieht, zu gleich aber die Produktion selbst, Kosten und private Gewinne über die Interessen der Gesellschaft stellt.

Kosmovision und soziale Bewegungen

Im Gegensatz zu den Vorstellungen über die alternativlose Wettbewerbsfähigkeit, die die unternehmerische Oligarchie vorschlägt, hinterfragt die BäuerInnenbewegung diese dominante Vision der sozialen Wirklichkeit. Die Kritik basiert auf historischen Forderungen und Kämpfen. Ein Prozess des Nachdenkens und der Analyse hat zu einem kontrahegemonischen Vision geführt. „Seit einigen Jahren und auf verschiedenste Art und Weisen versuchen wir aufzuzeigen, dass die Massnahmen und Entscheidungen der UnternehmerInnen und Regierenden unser Land, unsere Gemeinden und unsere Familien in eine Situation geführt hat, in der Ungerechtigkeit, Armut, Entzug und Verletzung unserer Rechte als Individuen und als Kollektiv verankert ist... Mit diesen Entscheidungen werden unsere Länder, unsere Territorien und die Güter das Mutter Natur den nationalen und ausländischen Firmen übergeben. Um diesen erneuten Diebstahl zu unterstützen, werden Gesetze verabschiedet, die ausschliesslich den Interessen der Mächtigen und der staatlichen Institutionen, die im Dienste der UnternehmerInnen stehen, dienen, sowie den PolitikerInnen, die versuchen, einen Teil des Kuchens aus diesen Geschäften für sich herauszuschlagen.“

Die indigenen und BäuerInnenorganisationen setzen nun auf die Verteidigung und den Schutz ihrer Territorien und der Reichtümer, die sich darin befinden – die sogenannte Diskussion „Kapitalismus oder Green Economy“. Dabei stützen sie sich auf ihre tausend Jahre alt Kosmovision und ihre legitimen Formen der Organisation und Mobilisierung wie die Volksabstimmungen oder Demonstrationenmärsche. Im Hintergrund steht eine zivilisatorische Einstellung, die eine Weltanschauung und ein besondere Lebenseinstellung heraus kristallisiert, und zwar eine, wo der Gewinn und die Rentabilität keine Grundlage sind. Für diese Kosmovision stellt die Achtung und den Schutz von Mutter Erde und des Raums, in dem das Leben wächst und gedeiht, ein Grundprinzip dar. Aus dieser Perspektive heraus ist die Verteidigung und der Schutz ihrer Territorien und deren Naturreichtümer gleichzusetzen mit der eigenen Verteidigung, also mit der der menschlichen Existenz. Die populären Mobilisierungen und Organisationen sowie die Art, in der die BäuerInnenbewegung die soziale Realität interpretiert, gefallen der Grossgrundbesitzenden Oligarchie nicht. Die sofortige Antwort auf die Protestbewegung lautet: Diskreditierung und Kriminalisierung der BäuerInnenbewegung – in den von den selben Personen beherrschten Kommunikationsmedien, gerichtlich, polizeilich und mit Gewalt (wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, siehe zum Beispiel letztes ¡Fijáte!).

Genozid-Prozess: siebter bis sechzehnter Prozesstag

Guatemala, 12. April. *Auch in dieser Ausgabe berichten wir euch ausführlich über den Verlauf des Prozesses wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Ríos Montt und Rodríguez Sánchez.*

1.4.2013 - siebter Gerichtstag

Heute sagten 12 ZeugInnen über die Massaker, Ermordungen und unmenschlichen Behandlungen durch die Armee in den Jahren 1982 und 1983 aus. Ein Zeuge gab an, dass er die Gemeinde vom Anrücken der Armee benachrichtigte. Wei-

ter erzählte er, wie die Soldaten einige Personen mit der Machete tötete, andere verfolgten und Häuser in Brand setzten, man konnte die Schreie der Leute aus dem Inneren hören. Einige schafften es, in die Berge zu flüchten und es versammelten sich bis zu 2.000 Menschen verschiedener Ethnien. Die meisten aber gehörten zu den Maya-Ixiles. Es ist wichtig hervorzuheben, dass alle ZeugInnen mit ihren Aussagen ein Verhaltensmuster der Armee beschrieben: nach dem Eindringen in die Dörfer und der Exekution einiger Personen wurden die Häuser in Brand gesteckt, die Ernten vernichtet, die Tiere getötet und die Arbeitsinstrumente zerstört. Die Flucht in die Berge konnte nur ohne die Mitnahme von Kleidung und Nahrungsmittel geschehen. So erzählte eine andere Zeugin weinend, wie ihr Bruder und andere Familienangehörige auf der Flucht in die Berge gestorben waren, „ohne Kleidung im Regen, ohne Essen, ohne Salz.“

Die Verteidigung ihrerseits griff weiterhin die Präsidentin des Gerichts an. So gebe sie immer nur den Einwänden der Staatsanwaltschaft und der Anklage statt, nie aber denen der Verteidigung. Somit würde die Strafprozessordnung verletzt werden. Die Präsidentin wies die Anschuldigungen zurück.

2.4.2013 – achter Gerichtstag

„Ich war 12 Jahre alt, als sie mich mit anderen Frauen zum Militärstützpunkt brachten, Hände und Füße gefesselt...den Mund mit einem Tuch gestopft...und mich vergewaltigten...ich weiss nicht, wie viele es waren...ich wurde bewusstlos...das Blut rann...danach konnte ich weder aufstehen noch urinieren.“ Diese Zeugenaussage einer Ixil Frau zeigt klar auf, wie die Regierung unter General Ríos Montt die sexuelle Vergewaltigung mit dem Ziel der Zerstörung oder Verstümmelung der Maya-Ixil-Frauen nutzte, eine Praxis, die Teil der Genozidpolitik der Regierung war - und wie es Artikel 376 des guatemaltekischen Strafgesetzbuchs definiert: Es begeht Völkermordverbrechen, wer mit dem Ziel ganz oder teilweise eine Gruppe, Nation, Ethnie, Religion zu zerstören, folgende Taten begeht: Verwundungen, die sehr stark die physische oder psychische Gesundheit der Gruppenmitglieder betreffen.

Die Aussagen der zehn Ixil-Frauen heute, bewiesen zweifellos, dass die Sexualverbrechen gegen Frauen während des bewaffneten Konflikts das Ziel hatten, nicht wiedergutzumachende Schäden an ihren Körpern und Leben zu hinterlassen. Es waren Machtzurschaustellung und Hass, die sich auf den Körpern der Frauen abspielten. Und dies wurde unterstützt und gerechtfertigt durch das existierende rassistische und patriarchale System, welches Frauen als Objekte ohne Wert behandelt. Die Politik gegen die Aufständischen bezweckte, Terror in der Bevölkerung zu säen, vor allem bei den Frauen – durch extreme Grausamkeit und sexuelle Gewalt. Auch schwangere Frauen wurden nicht verschont, viele verloren ihre Babys dadurch. Die Schäden verursachten tief sitzende Folgen, die noch immer bei den Ixil-Frauen spürbar sind: tiefe Traurigkeit, Schuldgefühle, Angst, physische Schmerzen, Krankheiten. Auch das familiäre Netz sollte auf diese Art geschädigt werden. Wiederholt gaben Aussagen an, dass Töchter die Vergewaltigungen ihrer Mutter mit ansehen mussten, oder die Mütter die ihrer Töchter. Viele der Frauen wurden durch die Vergewaltigungen schwanger, was die Fortpflanzung des Ixil-Volks einschränkte. Elizabeth Odio Benito, Vizepräsidentin des internationalen Strafgerichts in Ex-Jugoslawien sagte: „Die Vergewaltigung von Frauen ist keine unausweichliche Folge eines bewaffneten Konflikts, es ist vielmehr eine Politik, die systematisch angewendet wird, um Volksgruppen zu zerstören, und nicht nur das direkten Opfer“. Die ZeugInnenaussagen liessen einen Modus Operandi in den sexuellen Vergewaltigungen erkennen, da:

- die Taten auf Befehl von Ranghöheren ausgeführt wurden;
- die Frauen und Männer durch die Armee gleich nach ihrer Ankunft getrennt wurden, worauf hin die Frauen vergewaltigt wurden;
- die Vergewaltigungen massiv waren, d.h. viele Soldaten beteiligten sich und viele Frauen wurden Opfer, multiple Vergewaltigungen durch verschiedene Männer und wiederholt in verschiedenen Momenten bei den gleichen Frauen.

Es wird deutlich, dass das keine Taten von aus der Kontrolle geratenen Soldaten waren. Vielmehr wurden gezielt Befehle erteilt und ausgeführt, von normalen Personen, nicht von Verrückten. Eine weitere geläufige Praxis war die sexuelle Versklavung der Frauen. Diese mussten für die Soldaten kochen und wurden dabei unter Gewalt- und Todesdrohungen mehrere Tage am Stück vergewaltigt. Die Aussagen der zehn Frauen zeugen von Stärke und Mut. Eine Wand des Schweigens wurde durchbrochen, eine sehr dicke Wand, die ein Tabu, über sexuelle Vergewaltigungen im bewaffneten Konflikt zu reden, symbolisiert.

3.4.2013 – neunter Gerichtstag

Nun sind es schon insgesamt 98 ZeugInnen, die im Prozess gegen Ríos Montt und Rodríguez Sánchez ausgesagt haben. Jacinto, der 1982 ein Junge war, erzählte, wie die Armee in sein Dorf kam und wie seine Mutter und sein Bruder umgebracht wurden. Ihn selbst flog man mit dem Helikopter in die Hauptstadt um ihn dort zur Adoption frei zu geben. In verschiedenen Unterkünften wurde er misshandelt. „Jetzt spreche ich kein Ixil mehr“. Er fand heraus, dass sein Name von der Armee geändert worden war, als er einen Personalausweis beantragte und man ihm in der Einwohnermeldebehörde sagte, dass es seinen Namen nicht gäbe. Mit Hilfe von Organisationen fand er nach 22 Jahren einige Onkel und besuchte den Ort, wo er geboren und seine Eltern ermordet wurden. Dies ist ein Beispiel von vielen, wie das Militär Minderjährigen ihre kulturelle Identität zu verweigern suchte - indem sie geraubt und von ihren Familien fern gehalten wurden.

Das ist ein Teil der Definition von Genozid. Ein anderes Element des Genozids, welches heute illustriert wurde, ist die Ermordung von Jungen und Mädchen, was letztendlich zur Folge hat, dass das Ixil-Volk sich nicht mehr fortpflanzt. Mehrere ZeugInnen berichteten, wie ihre Kinder ermordet wurden, ohne zu verstehen, welche Schuld diese trugen. Am Nachmittag gab das Gericht Teile der Beweisstücke bekannt. Nachdem sie geprüft wurden, erhob Ríos Montt gegen vier davon Einspruch: die Dokumente der *Kommission zur Aufklärung der Geschichte* (CHE), der Plan Operation Sofia, das Kriegsmanual für Aufstandsbekämpfung, und die Dokumente der historischen Sachverständigen. Die Präsidentin entschied, dass diese Einsprüche beim Gerichtsurteil evaluiert werden und in dem Moment entschieden wird, ob ihnen statt gegeben wird oder nicht.

4.4.2013- zehnter Gerichtstag

„Jede Maispflanze ist ein Guerillero“ und deshalb wurden die Ernten auch systematisch von der Armee zerstört. Nach Angaben der Sachverständigen über Rassismus, Marta Elena Casaús Arzú, ist diese Art von Rassismus eine historische Tatsache, die seit der Kolonisation existiert. Sie erklärte, dass der Rassismus zum Genozid beitrug, da er die Indigenen als Menschen zweiter Klasse einordnete, als Objekte, stigmatisiert und entwürdigt. Der Rassismus, einer Staatsideologie gleich gesetzt, erlaubte die Ixil so abzuwerten, dass es einen Genozid möglich machte. Angehörige des Militärs bestätigten, dass ihre Befehle aus dem Militärstützpunkt Nebaj folgendermassen lauteten: „erblickter Indianer, toter Indianer“. Und dass diese Befehle unter der Androhung von Strafe auszuführen waren. „Wir schnitten Menschen die Zunge ab, die Fingernägel, ...“, erzählte über Videokonferenz ein Zeuge, der, als er 8 Jahre alt war, von der Armee entführt wurde und im Militärstützpunkt unter anderem mit ansah, wie einer alten Frau der Kopf abgeschnitten wurde und die Soldaten dann damit spielten. Die Armee glaubte, dass die Indigenen eine Bedrohung darstellten, da sie sich ja in Subversive verwandeln könnten. Also waren alle Indigene Feinde. Ausserdem waren sie Objekte, keine Subjekte, also entmenschlicht. Laut Casaús gibt es bestimmte Schritte, die zum Genozid führen: negative Konstruktion der Personen, Vorurteile gegen die Anderen, Doktrinen, um den anderen abzulehnen. Die Ixiles wurden zu Guerilleros, dem Fisch muss man das Wasser nehmen, und letztendlich musste man sie anpassen, ihnen ihre Kultur nehmen. Und das ist das, was wir unter Ausrottung verstehen. Von den Eliten des Landes, so Casaús, habe sie in ihren Interviews für eine Studie erfahren, dass die Indigenen als eine Bremse der Entwicklung betrachtet werden, Das ist die Einstellung, die in Guatemala vorherrscht. Das gleiche gilt für die sexuellen Vergewaltigungen von Frauen, die nicht als Individuum anerkannt werden. Ein Zeuge erzählte, wie er, ein Bauer, dazu gezwungen wurde bei den Zivilpatrouillen mitzumachen. Sein Aufseher war der Kommandant vom Nebaj-Stützpunkt. Er musste ausserdem Holz und Wasser liefern. Er selbst war für weitere 20 Patrouillierende verantwortlich und musste für sie den Kopf hinhalten, wenn sie nicht die Befehle ausführten. So war die Befehlsstruktur der Armee aufgebaut. Ein anderer Zeuge erzählte, wie die Offiziere Befehle gaben, Menschen im Stützpunkt zu quälen und zu verbrennen.

5.4.2013 – elfter Gerichtstag

Dieser Tag begann mit der Klärung eines weiteren Versuchs der Verteidigung, den Prozess zu beenden. Das Verfassungsgericht allerdings hatte den Prozess nie als beendet erachtet, sondern vielmehr angemerkt, das er nicht behindert werden solle, so der Anwalt der Opfer. Die Verteidigung verdrehe die Tatsachen und gäbe falsche Informationen in die Bevölkerung, so der Anwalt weiter. Weiterhin gaben WissenschaftlerInnen, darunter forensische AnthropologInnen, GentechnikerInnen, ArchäologInnen und EthnologInnen, Beweise, die die Aussagen der ZeugInnen bestätigten. Sie erklärten, was sie in den Massengräbern im Ixil-Gebiet gefunden haben: Skelette von Kindern, Knochen, die auf Verletzungen an verschiedenen Stellen des Körpers schliessen lassen, auf Schusswunden, Brandwunden, zerstörte Schädel von Neugeborenen und Kindern unter drei Jahren. Die Massengräber selbst stellen nicht wirklich ein Grab dar, sondern eine Grube der Masseneinerdung, die ohne jegliches Ritual durchgeführt wurde.

Ein Zeuge, Hugo Reyes, Mechaniker beim Ingenieurscorps des Militärstützpunktes in Nebaj, erklärte per Videokonferenz, dass die Militärs und Soldaten unter dem Befehl von Mayor Tito Arias, bekannt als Otto Pérez Molina, von General José Luis Quilo Ayuso und von den Kommandanten der Ingenieurskompanien standen und diese die Festnahmen und Verbrennungen der Menschen koordinierten. Jene Menschen kamen im Stützpunkt verletzt an, waren gequält worden, hatten keine Zunge oder Fingernägel mehr. General Quilo Ayuso ist ein Zeuge der Verteidigung. Der Präsident selbst bestritt die Aussage von Reyes.

8.4.2013 – zwölfter Gerichtstag

Insgesamt machten an diesem Tag neun Sachverständige ihre Aussage. „Sie starben ohne sich zu verteidigen...es ist unmöglich, dass sie in einem bewaffneten Konflikt gestorben sind“, lautete die Schlussfolgerung eines Sozialanthropologen. Das beweise sich daraus, dass die Hände des Opfers hinter dem Rücken verbunden waren, bzw. dass es schwangere Frauen waren, also Personen, die nicht angreifen würden. Das Beispiel eines Grabs, in dem man eine Familie fand, zeigt dies gut auf. Sie wurde in ihrem Haus, welches weit ab vom Dorf lag, überrascht. Man kann daraus schliessen, dass die Armee eine bestimmte Angriffsstrategie verfolgte. Eine weitere Anthropologin erzählte, dass sie 1982 ihre

Feldforschung im Ixilgebiet betrieb und dadurch Flüchtlinge besuchte, die vollkommen unterernährt waren, die Modelldörfer kennenlernte und sah, welche Kontrolle das Militär über die Bevölkerung ausübte. Obwohl es aufgrund des Terrors schwierig war, mit den Menschen damals ins Gespräch zu kommen, hörte sie viele über die Brände und die Flucht in die Berge reden und immer ergab sich das gleiche Muster bei den Überfällen. Neben den physischen Schäden entstand auch einer psychologischen Natur, der sich darauf begründete, dass die Arbeit von vielen Jahren bei den Übergriffen zerstört wurde. Sie hörte, wie Kinder entführt wurden und gleichzeitig in Zeitungen annonciert wurde, dass es hunderte von Waisenkindern gab. Im Ixilgebiet hatte sie nie ein Guerillero getroffen.

9.4.2013 – dreizehnter Gerichtstag

Ein Coronel der guatemaltekischen Armee, Sachverständiger der Verteidigung, der über die Änderungen in der Befehlskette der Armee reden sollte, gab an, dass der aktuelle Präsident einer der führenden Köpfe im Jahr 1982 war und seine Funktionen im strategischen und nicht im taktischen Bereich lagen. Anfang der 1980er war Pérez Molina als Major für Militäroperationen im Department Quiché zuständig. Seine Einheit soll für mehrere Massaker verantwortlich sein, was Pérez bestreitet. Der Sachverständige erklärte, dass das Oberkommando durch den Präsidenten, dem Chef der Armee und dem Verteidigungsminister gestellt wurde. Ríos Montt war der Präsident, gab der Zeuge an, sagte aber nicht, wer die anderen beiden waren – obwohl Ríos Montt gleichzeitig auch die Funktion des Verteidigungsminister innehatte. Über die Macht des Präsidenten sagte er, dass er legal keine Gesetze verabschieden konnte, politisch aber schon, denn er konnte sie befehlen, da er der Präsident war. Auch einem Verteidigungsminister konnte er Befehle geben.

11.4.2013 – fünfzehnter Gerichtstag

„Genozid kann man nicht entschuldigen...man kann dafür keine Amnestie aussprechen“, gab der Anwalt Ramón Cadena in seiner Funktion als Sachverständiger vor Gericht an. Gemäss internationalem Menschenrecht und der Genfer Konvention, müssen die Ziele von Angriffen in bewaffneten Konflikten militärisch sein und nie dürfen es zivile Ziele sein. Und noch weniger dürfen die Güter und Häuser der Bevölkerung zerstört werden. Ausserdem verweigerte die guatemaltekische Armee 1982 und 1983 jegliche internationale Präsenz wie zum Beispiel das Rote Kreuz oder Repräsentanten der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, welche ein Grossteil der Leiden hätten verhindern können, wenn man sie gelassen hätte. Während dieser Zeit erfüllte der Staat nicht seine Pflicht, die friedliche Zivilbevölkerung zu schützen und versties somit gegen die Prinzipien der universellen Menschenrechte, die vor allem den Schutz der Kinder, Älteren und Frauen fordert. Cadena sagte weiterhin aus, dass die Verantwortung für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit beim Staatschef lag, schon allein deshalb, weil er als Oberster von allem wusste oder zumindest prinzipiell davon wissen musste. Deshalb müsse er auf jeden Fall zur Verantwortung gezogen werden. Auch zählte er die Verbrechen auf, die die ZeugInnen bisher übereinstimmend ausgesagt haben und klar liessen, dass ein Genozid und Ethnozid stattfand.

Marco Tulio Álvarez, Politikanalytiker und Journalist sagte ebenfalls aus und ging vor allem auf die Ermordungen und Entführungen von Kindern ein. Diese Taten wurden begangen, da man die Kinder als Samen des Kommunismus betrachtete und um sie als Kriegsbeute zu gebrauchen oder um sie in einer anderen Kultur aufwachsen zu lassen. Als Folge davon verloren diese Kinder jegliche Verbindung zu ihrer Kultur und Kosmvision, das soziale und familiäre Netzwerk wurde zerstört und nicht reparierbare Schäden entstanden für die Kinder und ihre Familien, die Gemeinden und das Ixil-Volk. Der Experte beendete seinen Aussage mit dem Satz: „Die Kindheit ist wie ein Strang, der die Kultur am Leben erhält.“

12.4.2013 – sechzehnter Gerichtstag

An diesem Tag sagten vier Sachverständige aus, die die Anklage wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anhand von Statistiken, Geschichte, Psychologie und internationalem Menschenrecht verteidigten.

Die spanische Juristin Paloma Soria erklärte, dass die massive und systematische Nutzung von sexueller Gewalt nicht vereinzelt, sondern vielfach auftrat und in vielen Fällen bis hin zur sexuellen Versklavung ging. Diese sexuelle Gewalt wurde als Kriegswaffe genutzt und die Frauen stellten einen Preis dar, den die Soldaten gewinnen. Das wurde gezielt getan und als Teil einer Befehlskette. In keinem Moment wurde sexuelle Gewalt betrafft oder verboten. Die sexuelle Gewalt beweist, dass ein Völkermord Ziel des Konflikts war, da nicht nur die Bevölkerungsgruppe körperlich zerstört wurde, sondern das gesamte soziale Netzwerk. Der Militärplan Victoria 82 gibt zu, dass diese Praxis existierte und erlaubt den „Zugang zum Austausch mit dem anderen Geschlecht“. Laut internationalem Recht ist dieses schwere Verbrechen deshalb auch als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Kriegsverbrechen zu betrachten.

Die Sachverständigen für psychische Schäden und für ethnische Gruppen illustrierten die Folgen des Genozids für die Ixiles. Nieves Gómez unterstrich, dass die Erlebnisse traumatisierend für die Ixil-Bevölkerung waren und immer noch Auswirkungen auf die Menschen haben, die konstant in Angst und Terror leben. Die Kultur wurde zerstört, indem die kulturellen Praktiken und die Mais-Zeremonien eliminiert, die Verbindung zwischen den Toten und Lebenden unterbrochen, die vergewaltigten Frauen stigmatisiert, Kernfamilien auseinander gerissen wurden, die Solidarität in den Gemeinden verloren ging, etc. Der Verlust von Kosmvision, traditionellen Organisationsformen, des Kontakts zur Erde

aufgrund der Umsiedlungen...waren Konsequenzen der Militärpräsenz. Verlust von Identität ist auf individueller Ebene die Folge. Die Verbindung zur Erde als ein Ganzes, wie der Historiker Ángel Valdez aussagte, ist zentral für das Ixil-Volk. Die Zerstörung des Maises, bedeutende Pflanze in der Maya-Kosmvision, kommt der Zerstörung ihrer Kultur gleich. Auch auf linguistischem Niveau wurde die Zerstörung der Kultur voran getrieben. „Der Indigene ist nicht intelligent, weil er kein Spanisch spricht. Aber die Sprache war und ist ein Element des kulturellen Widerstands“. „Dem Fisch das Wasser nehmen“, bedeutet ihm auch seine Kultur zu nehmen, ihnen den Willen zu brechen.

Der Mathematiker und Statistiker Patrick Donnell Ball errechnete, dass in den Jahren 1982 und 1983 5% der Ixil-Bevölkerung durch die Armee hingerichtet wurde und acht von zehn Personen standen vor der Wahrscheinlichkeit zu sterben, weil sie Indigene sind. Mit diesen Zahlen wird das Ausmass der Ereignisse offensichtlich.

Die nächste Anhörung ist für Montag, den 15. April angesetzt (nach Redaktionsschluss). Auf der Webseite www.paraqueseconozca.blogspot.com können Interessierte aktuelle Berichte von jedem Prozesstag auf Spanisch finden.

Ex-Präsident Portillo erneut freigesprochen!

Guatemala Stadt 09 April – Das Urteil des dritten Senats der Apellationskammer des Obersten Gerichtshofes (CSJ) verfolgt die selbe Linie wie das des Elften Strafsenats, das Ex-Präsident Alfonso Portillo und seinen damaligen Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs und Finanzminister Manuel Maza freisprach. Am letzten Dienstag bestätigte die genannte Kammer des CSJ einstimmig den Freispruch von dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft (MP) und der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit (CICIG) umgerechnet 11,5 Mio. € aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums veruntreut zu haben. Zugleich wies er die Klagen der Generalrechnungshofes (CGN), der Nationalen Generalstaatsanwaltschaft (PGN) und des Unternehmens Financiera de Negocios Corporativos, S.A ab. Die Urteilsverkündung fand diesen Vormittag in Abwesenheit des an einer Bronchitis erkrankten ehemaligen Präsidenten (2000-2004) statt. Das Urteil des CSJ ist zwar eigentlich positiv für Portillo, da es ihn von einer schweren Verbrechen freispricht, allerdings steht nun weiterhin der Weg offen, ihn in die USA auszuliefern. Die USA wünscht dies, da sie ihn wegen des Deliktes der Beihilfe zur Geldwäsche von 70 Mio. \$ den Prozess machen will. Bis jetzt steht die Auslieferung aus, nachdem das Verfassungsgericht im August 2011 entschieden hatten, dass diese möglich sei - unter der Bedingung, dass die USA die individuellen Rechte respektieren. Drei Monate später bestätigte der damalige Präsident das Urteil und ordnete die Exekutive an, die Auslieferung einzuleiten. Wenn der Senat nun – was er ja nicht gemacht hat – ein neues Urteil gefällt hätte, hätte das bedeutet, dass Portillo noch länger in Guatemala hätte verbleiben müssen und sich die Auslieferung in die USA verzögert hätte. Portillo selbst hält alle Anschuldigungen für Teil einer politischen Kampagne gegen ihn. (Prensa Libre 09.04.2013)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.
Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF
Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF. Konto-Nr. PC: 30-516068-6